

Herkunftslandprinzip

von

Heiner Flassbeck

Wirtschaft und Markt, März 2005

Es gibt Dinge, die sind fast nicht zu glauben. In diesen Tagen wird eine von der EU-Kommission geplante Dienstleistungsrichtlinie diskutiert. Mit dieser Richtlinie soll der freie Güterverkehr auch im Bereich der Dienstleistungen, wo es noch jede Menge nationale Besonderheiten gibt, vereinheitlicht werden. Das wäre nicht weiter problematisch, würde dabei nicht ernsthaft diskutiert, ein Herkunftsland einzuführen. Herkunftslandprinzip heißt, dass eine Leistung, die z. B. eine polnische Firma in Deutschland erbringt, nach den polnischen Usancen einschließlich der polnischen Löhne abgerechnet werden darf. Bisher gilt in solchen Fällen das Bestimmungslandprinzip, das heißt, auch eine polnische Firma muss sich strikt an die deutschen Gesetze halten und deutsche Mindeststandards im Bereich der sozialen Regeln garantieren. Zwar spricht nicht viel dafür, dass dieser Vorstoß politisch eine Chance hat, er zeigt aber leider in erschreckender Weise, wie wenig man in Brüssel von der Ökonomie und der Politik einer Staatengemeinschaft versteht.

Das Herkunftslandprinzip verstößt gegen den entscheidenden Mechanismus, der Aufholen von unterentwickelten Ländern gewährleistet. Wenn Kapital wandert, gibt es in der Tat eine Art Herkunftslandprinzip, weil die hohe Produktivität einer deutschen Firma auch in Polen weitgehend erhalten bleibt. Das ist sinnvoll, weil die Kombination von hoher Produktivität und niedrigen Löhnen - bei einem Flächentarifvertrag in Polen - die Chance für die neu angesiedelten Unternehmen im Niedriglohnland ergibt, Märkte im Rest der Welt über sinkende Preise zu erobern. Hinzu kommt, dass in Polen die Produktivität stärker als sonst möglich steigt, was dazu führt, dass auch der polnische Lebensstandard schneller steigt als zuvor.

Wenn aber Arbeiter mit niedrigen Löhnen zu den Maschinen kommen, passiert etwas völlig anderes. Jetzt müssen nämlich im Hochlohnland die Löhne massiv differenziert werden oder das ganze vormals reiche Land wird zu einem neuen Niedriglohngebiet. Es bedroht dann aber unmittelbar die Niedriglohngebiete, weil es ja immer noch eine weit höhere Produktivität hat. Lassen wir polnische Arbeiter zum polnischen Lohn in Deutschland in Dienstleistungsbereichen arbeiten, sinken zwar auch die Kosten, aber für das Land ist damit kein Fortschritt verbunden, sondern ein Rückschritt. Da die Produktivität in Polen nicht zunimmt, ist der Import von billigen Arbeitskräften nichts anderes als eine Lohnsenkung in bestimmten Bereichen. Das wird auch in andere Bereiche wie die Industrie hineinwirken, wo viele polnische Betriebe akut bedroht sind, wenn Deutschland wesentlich niedrige Löhne hat.

Was im Zuge des allgemeinen Kostensenkungswahns überhaupt nicht mehr verstanden wird: Der freie Handel zwischen Staaten mit unterschiedlichen Lohnniveaus kann überhaupt nur reibungslos funktionieren, wenn die Lohnniveaus jederzeit den Produktivitätsniveaus entsprechen. Beginnt ein großes Land in Europa, unter dem Druck einer solchen Dienstleistungsrichtlinie, die Löhne systematisch vom Produktivitätsniveau abzukoppeln, betreibt es dumping, dem früher oder später alle anderen folgen müssen.

Im Inland sind in der Vergangenheit die Löhne in den Dienstleistungsbereichen den Löhnen in der Industrie weitgehend gefolgt, obwohl die Produktivität dort weniger rasch gestiegen ist. Dadurch sind die Dienstleistungen zwar etwas teurer als sie sonst sein könnten, aber nur durch die Erhöhung der Löhne, erzwungen im Rahmen eines Flächentarifvertrages oder durch die Mobilität der Arbeitskräfte, kann der Produktivitätsfortschritt bei stabilen Inflationsraten in höhere Realeinkommen umgesetzt werden kann. Entfällt der Druck zur Erhöhung der Löhne oder der Sozialleistungen, wird der Produktivitätsfortschritt zwar auch verteilt, aber bei allgemein sinkenden Preisen, also bei Deflation.

Die hinter dem Bestimmungslandprinzip stehende Logik ist leicht zu verstehen: Die Zunahme des allgemeinen Wohlstandes, sei es in Form von Lohnerhöhungen, von Arbeitszeitverkürzungen oder sozialen Leistungen für die Arbeitnehmer, war in Deutschland immer vom Produktivitätsfortschritt gedeckt. Alle sozialen Errungenschaften sind folglich mit dem hohen Produktivitätsniveau verdient. Ein anderes Land mag, ob aus eigener Schuld oder durch äußere Ereignisse bedingt, weniger erfolgreich gewesen sein. Das ärmere Land kann aber nur dadurch aufholen, dass es seine Produktivität stärker erhöht als das reiche Land. Das gelingt auch sehr häufig, weil es leichter ist, eine schon existierende Technik zu kopieren und mit niedrigen Löhnen zu verbinden, als neue technologische Lösungen zu entwickeln.

Durch das Bestimmungslandprinzip (oder einen Mindestlohn) schützt ein Hochlohnland einerseits seine in langen Jahren erworbene Produktivität und seinen Wohlstand, andererseits gibt es den ärmeren Ländern die Chance, nachzuziehen. Dass alle Menschen im Hochlohnland den der bestehenden Produktivität entsprechenden Lohn erhalten, ist absolut konsequent, weil die Produktivität eine nationale Besonderheit ist. Sie hat sich aufgrund der dort bestehenden Verhältnisse herausgebildet und unterscheidet das Land systematisch von anderen Ländern. Ebenso wie ein Land seine Standards in Sachen Kriminalität, in Sachen allgemeiner Moral und sonstiger Werte nicht einfach aufgibt, weil Menschen einwandern oder das Land besuchen, die mit anderen Wertvorstellungen sozialisiert worden sind, so wenig wird und sollte es die Regelungen aufgeben, die seine Produktivität und seinen Lebensstandard schützen.

Sollte sich die EU Kommission mit ihren Überlegungen durchsetzen, würde dieses zentrale Prinzip politischer und wirtschaftlicher Selbstbestimmung von Ländern aufgegeben und durch eine chaotische Vielfalt von Regelungen in jedem einzelnen Land aufgehoben. Auch wirtschaftlich wäre das absurd, weil es den weniger entwickelten Ländern ja nicht eine bessere Perspektive zum Aufholen beim Produktivitätsniveau bietet, sondern nur kurzfristige Gewinne durch das Unterbieten der Etablierten. Es würde in ihren Ländern aber nicht einen Mechanismus auslösen, der durch Investition die Einkommenslücke kleiner macht, sondern nur den Versuch belohnen, das schnelle Geld durch den Export von billigen und wenig geschützten Arbeitskräften zu verdienen.